



TRENDSZENARIO 2015 FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Johann Frank und Gustav Gusenau

Dieser Beitrag fasst die Analysen der Experten zusammen und verdichtet sie zu einem Trendszenario 2015 für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

1. Sicherheitspolitische Umfeldszenarien für Österreich 2025

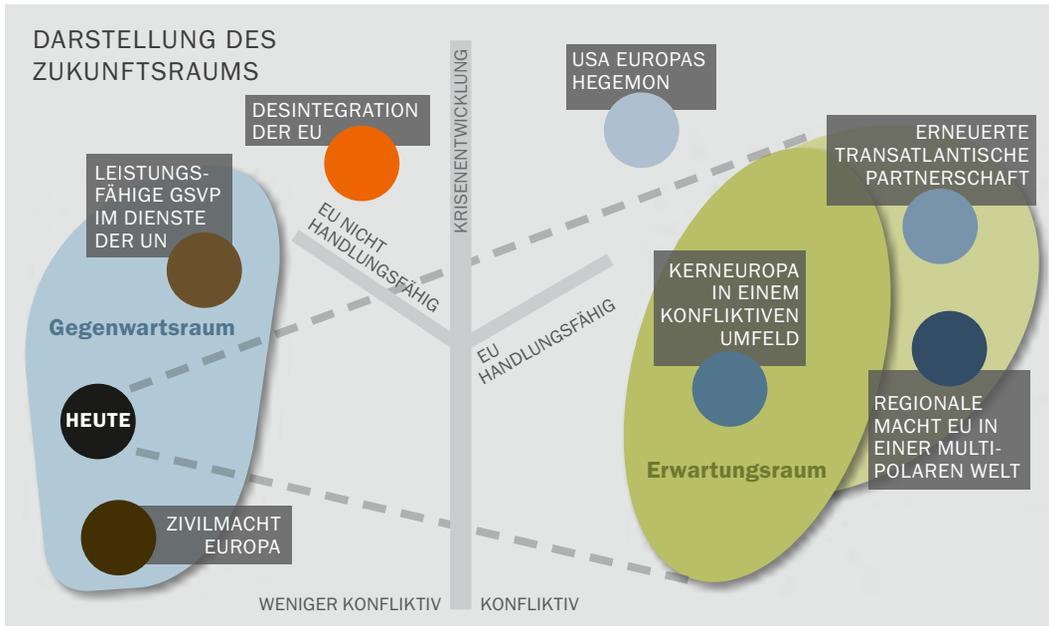
Im Jahr 2012 wurden begleitend zu den Arbeiten an der Österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS) und zur Neuplanung des Österreichischen

Folgende fünfzehn Schlüsselfaktoren und deren Wechselbeziehungen bilden das System der sicherheitspolitischen Umfeldszenarien für die österreichische Verteidigungspolitik:



Bundesheeres (ÖBH) erstmalig sicherheitspolitische Umfeldszenarien 2025 erstellt. Dabei wurden die für die österreichische Sicherheitspolitik relevanten Schlüsselfaktoren im Rahmen einer Systemanalyse identifiziert und im

Hinblick auf ihre künftigen Entwicklungsmöglichkeiten analysiert. Aus zunächst über hundert Einflussfaktoren wurden die fünfzehn bedeutendsten Schlüsselfaktoren herausgearbeitet. (Siehe oben stehende Grafik.)



Die alternativen Ausprägungen der fünfzehn Schlüsselfaktoren wurden zu insgesamt sieben verschiedenen Umfeldszenarien kombiniert. Die Szenarien können entlang der Linien „sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU“ und „Konfliktentwicklung im Umfeld der EU“ kategorisiert werden. (Siehe oben stehende Grafik.)

Ausgehend von einer damals noch grundsätzlich stabilen Umfeldsituation wurde 2012 in einer Perspektive von 10 bis 15 Jahren mit einer wesentlichen Veränderung der äußeren Rahmenbedingungen für Österreichs Sicherheit gerechnet. Im sogenannten „Erwartungsraum“ befanden sich schon damals – nach Einschätzung der Experten – jene Szenarien, deren Kern man wie folgt beschreiben kann: Das globale Umfeld ist geprägt von einer eher multipolaren, konfrontativen Sicherheitsarchitektur, das Verhältnis zu Russland ist konfliktär, die EU nimmt ihre sicherheitspolitische Verantwortung wesentlich umfassender wahr als gegenwärtig, wobei der innere Organisationsgrad der EU bei aller Differenzierung auch von einer deutlich engeren Kooperation im Bereich der Verteidigungspolitik gekennzeichnet ist.

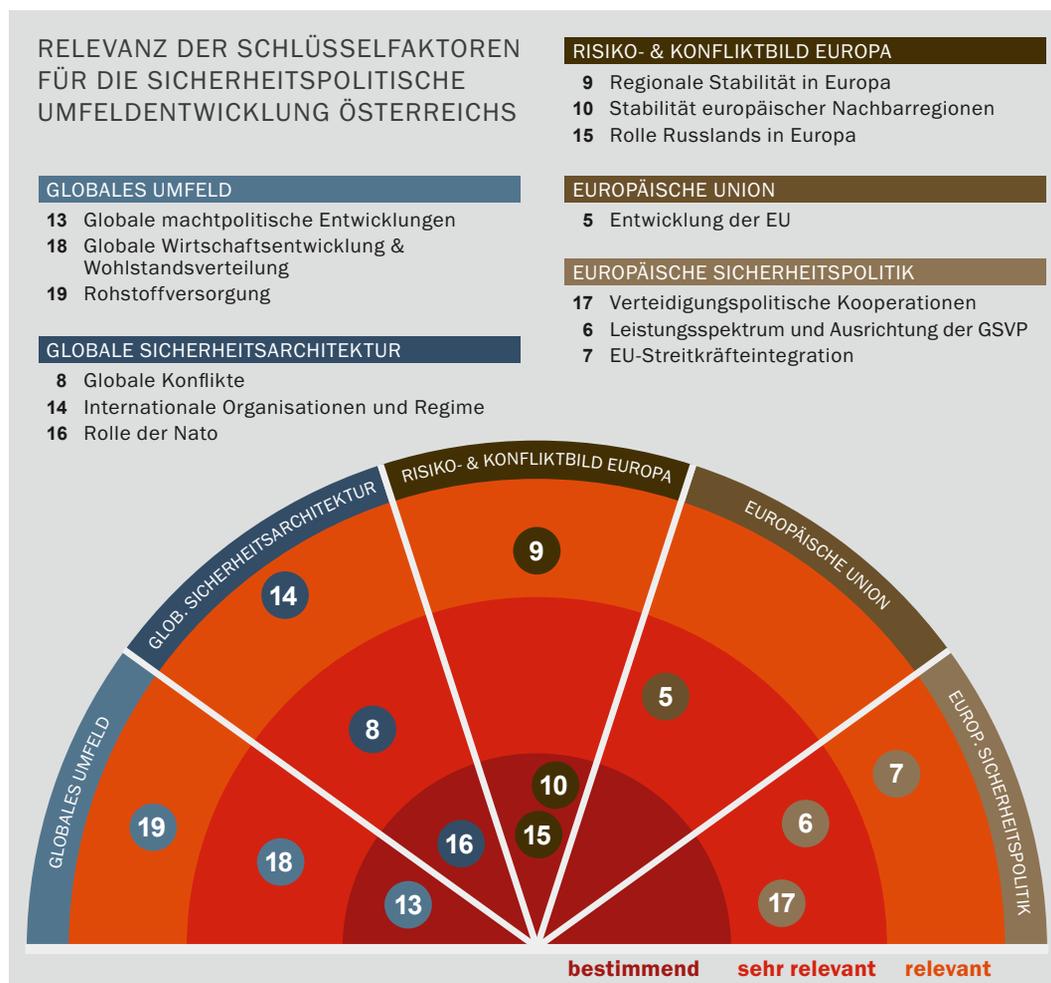
Aufbauend auf die Bewertung der sicherheitspolitischen Umfeldszenarien wurden die Grundannahmen für die Österreichische Sicherheitsstrategie getätigt und ein Leistungsprofil für das ÖBH entwickelt. Dieses sah im Kern ein auf nicht-konventionelle Bedrohungen ausgerichtetes Bundesheer vor, das national und international in einen Kooperationsverbund eingebettet ist und bestmögliche Beiträge im Rahmen einer umfassend angelegten Umfeldstabilisierung leistet.

Angesichts der hochgradigen Unsicherheiten im sicherheitspolitischen Umfeldsystem ist ein permanentes Monitoring aktueller Trends und eine Bewertung der Entwicklungsalternativen der Umfeldfaktoren erforderlich. Im Vordergrund des Monitoringprozesses stehen dabei die Fragen, ob die erkennbare Entwicklung in Richtung des ursprünglichen Erwartungsraumes aus dem Jahr 2012 weist, worin die größten Unsicherheiten bestehen, oder ob überhaupt Trendbrüche erkennbar sind, die zu einem gänzlich anderen Umfeld führen können.

2. Das verteidigungspolitische Trendszenario für Österreich 2015

Eine aktuelle Bewertung des Systems der Umfeldfaktoren unter Berücksichtigung der Einzelbeiträge der „Sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2015“ ergibt, dass vor allem sieben Faktoren die größte Dynamik im System verursachen: *Verhältnis EU-Russland, globale machtpolitische Entwicklungen, Stabilität europäischer Nachbarregionen, Rolle der NATO, globale Konflikte, politische EU-Integration* und

Weiterentwicklung der GSVP. Sie bilden damit auch den Kern des Trendszenarios 2015 und haben – abgesehen von den innerösterreichischen Faktoren, wie z. B. die Außen- und sicherheitspolitische Gestaltungsambition oder die öffentliche Haushaltsentwicklung – auf Sicht die größte Relevanz für die Weiterentwicklung der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.



2.1 BESCHREIBUNG DER SCHLÜSSELFAKTOREN HINSICHTLICH IHRER ERWARTBAREN ENTWICKLUNG 2015

DIE ROLLE RUSSLANDS IN EUROPA



Die Annahme, dass sich das Verhältnis zwischen der EU und Russland zunehmend konfliktär entwickeln wird, hat sich mehr als bestätigt. Die Entfremdung der letzten Jahre hat sich fortgesetzt und in der Ukrainekrise einen vorläufigen Höhepunkt gefunden. Die Ambitionen Russlands sind klar auf eine Absicherung der postsowjetischen Einflusszone und damit einhergehend auf eine Verhinderung der weiteren Ausbreitung von EU und NATO ausgerichtet. Damit verbunden ist die Ambition Russlands nach einer stärkeren eigenständigen Rolle in den internationalen Organisationen und in globalen Ordnungsfragen.

Eine grundsätzliche Lageänderung mit dramatisch nachteiligen Konsequenzen für die EU würde allerdings erst dann eintreten, wenn Russland seine militärstrategischen Ambitionen ändern und sich erneut auf eine militärische Konfrontation mit dem Westen bzw. der NATO vorbereiten würde. Dies ist aktuell nicht absehbar, wenn gleich punktuelle „hybride Aktionen“ an der EU-Außengrenze bzw. vereinzelte Eskalationen in den bestehenden „eingefrorenen Konfliktlagen“ nicht gänzlich ausgeschlossen werden können. Unsicherheiten bezüglich der weiteren Entwicklungen bestehen insbesondere darin, ob

es Russland gelingt, sein tendenziell autoritäres politisches System und seine überwiegend von den Rohstoffmärkten abhängige Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Die Fortführung der Sanktionspolitik der EU führt zu, aller Voraussicht nach gerade von der EU, nicht gewünschten Ergebnissen: Eine zunehmend gegen die EU gerichtete und autoritärere Politik Moskaus sowie jahrelange Rezession mit sich verschlechternden Lebensverhältnissen der Bürger in Russland. Angesichts der Konjunkturschwäche in Europa werden auch die Rückwirkungen der Rezession in Russland auf Europa erheblich sein.

Das EU-Ziel einer Verbesserung der Versorgungssicherheit der süd- und zentraleuropäischen Länder unabhängig von der Krisenregion Ukraine ist gescheitert. Eine deutliche Verbesserung der gesamtstaatlichen Situation in der Ukraine – selbst durch Hilfestellung aus der EU – ist angesichts der ökonomischen und finanziellen Schwäche der EU nicht zu erwarten. Die im Hintergrund stehende Schlüsselfrage, inwieweit es Europa gelingt, sich von US-amerikanischen geoökonomischen und strategischen Interessen zu emanzipieren, wird auch in absehbarer Zeit nicht in europäischem Sinne beantwortet werden, was eine Prolongierung innereuropäischer Widersprüche und Konflikte mit Russland zur Folge haben wird.

GLOBALE MACHPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN



Die Ambitionen Russlands wie auch anderer BRICS-Staaten sowie die außen- und sicherheitspolitische Fokussierung der USA auf den pazifischen Raum zur Ausbalancierung der chinesischen Machtansprüche weisen in Richtung eines globalen Systems, das von einer konfrontativen Multipolarität gekennzeichnet ist.

Trotzdem bestehen Unsicherheiten: globalstrategisch könnte es 2015 zu einer Trendumkehr zurück zu mehr Kooperation und wiederbelebter Globalisierung kommen. Es könnte sich aber auch bloß um eine strategische Pause auf dem Weg zu weiterer globaler Fragmentierung und Auflösung gemeinsamer globaler Ordnungsvorstellungen und Ordnungsfähigkeit mit einhergehender Steigerung der Konfliktintensität handeln. Wesentliche entwicklungsbestimmende Vorentscheidungen werden in diesem Zusammenhang der Ausgang der Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP), der Weltklimakonferenz und der Nuklearverhandlungen mit dem Iran, die globale Weltwirtschaftsentwicklung sowie die Entwicklungen der weltpolitisch bedeutsamen Spannungen zwischen dem Westen und Russland einerseits und zwischen China und Japan im ostchinesischen Meer andererseits sein. Die westliche sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit wird v. a. von der wachsenden Ermüdung der US-amerikanischen Bevölkerung im Willen zu globaler sicherheitspolitischer Ordnungs- und Verant-

wortungsübernahme und dem einsetzenden Wahlkampf um das Amt im Weißen Haus mitbestimmt sein.

GLOBALE KONFLIKTE



Aufgrund der mangelnden Konfliktlösungskapazitäten der Internationalen Organisationen wie auch der divergierenden Interessen der großen Mächte ist mit einer Zunahme der Intensität der globalen Konfliktaustragung zu rechnen, wobei sowohl staatliche wie mit steigender Tendenz auch nichtstaatliche Akteure involviert sind. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Diffusion von Macht von Staaten zu nichtstaatlichen Akteuren bis hin zu Einzelpersonen. Heute verfügen nichtstaatliche Akteure und „superempowered individuals“ über Potenziale, die bislang Staaten vorbehalten waren, wobei gerade deren Verhalten sich der Vorhersehbarkeit weitgehend entziehen und jederzeit „strategische Schockergebnisse“ auslösen können.

Auf geopolitischer Ebene ist festzustellen, dass angesichts fehlender gemeinsamer Ordnungsvorstellungen der großen Mächte USA, Russland, China und der EU sowie der fragilen globalen wirtschaftlichen Gesamtlage die Weltordnung zweihundert Jahre nach dem Wiener Kongress äußerst unsicher ist und regionale Konfliktlagen etwa in Osteuropa, Ostasien oder Nahen Osten zu weiteren massiven Verwerfungen führen können, denen die EU mangels verfügbarer kollektiver sicherheitspolitischer und militärischer Handlungsfähigkeit weitgehend passiv gegenüber stünde.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND REGIME



Die Effektivität internationaler Organisationen und Regime bleibt eingeschränkt, da deren Akzeptanz aufgrund der zunehmenden Rivalität der Weltordnungsvorstellungen einzelner Mächte nur auf jene Bereiche beschränkt ist, wo gemeinsame Interessen identifiziert werden können. Auf Ebene der Vereinten Nationen setzt sich der Trend zu anspruchsvolleren, risikoreicheren Friedenseinsätzen und zur Implementierung robusterer Mandate fort. Truppenstellende Nationen sind daher zunehmend gefordert den Vereinten Nationen für diese neuen Szenarien militärische Einheiten mit verbessertem Schutz, höherer Mobilität und moderner technologischer Ausrüstung zur Verfügung zu stellen.

DIE ROLLE DER NATO



Aktuell ist eine Veränderung der strategischen Rolle der NATO festzustellen. Lag in den letzten zwei Jahrzehnten der Fokus auf Out-of-Area-Krisenmanagementeinsätzen unter teilweise drastischer Reduzierung der Bedeutung des Artikels V, steht eben diese Bündnisverteidigung nun im Gefolge der Ukraine Krise wieder prominent auf der Agenda.

Auch nach dem Gipfel von Wales, im September 2014, und vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklungen der USA kann nicht als sicher angenommen werden, dass die NATO die militärische Sicherheit in der europäischen Nachbarschaft garantiert.

Es werden zwar Artikel-V-Aufgaben im Lichte der Ukraine Krise zumindest auf der politischen Agenda wieder stärker in den Vordergrund treten, eine nachhaltige Stärkung von Verteidigungsanstrengungen in den Bereichen Streitkräfteentwicklung, Dislokation und Übungen ist aber vorerst nicht abzusehen. Bislang war die NATO vor allem im südlichen Krisenbogen weitgehend absent. Dies könnte sich 2015 durch die Übernahme einer Unterstützungsmission für die irakische Regierung im Kampf gegen des IS ändern. So wird die NATO auch 2015 zwischen der Reduktion auf eine flexible Toolbox für Krisenmanagementeinsätze und einer Rückwendung zur Territorialverteidigung schwanken sowie versuchen dem Trend zur weiteren Reduzierung der nationalen Verteidigungsbudgets wohl ohne großen Erfolg entgegenzusteuern.

EU-ENTWICKLUNG



Den dargestellten globalen und eurostrategischen Herausforderungen steht eine EU gegenüber, die auf Sicht keine weiteren substantiellen Integrationsschritte vornehmen wird. Sie wird sich insbesondere mit neuen Akteuren an ihrer Spitze v. a. um wirtschaftliche und institutionelle Konsolidierung bemühen und auch einzelne Fortschritte im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik anstreben.

Von zentraler Bedeutung für die EU wird die Überwindung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise im Euroraum sein. Vor dem Hintergrund anhaltender Konjunkturschwä-

che und eines erwartbaren nur minimalen Wirtschaftswachstums in Europa werden die finanziellen Ressourcen für die dringend notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen an der südlichen und östlichen Peripherie limitiert sein. Das wird sich doppelt negativ auswirken: Zum einen laufen die Krisenstaaten vor den Toren der EU Gefahr, in Folge voranschreitender sozioökonomischer Probleme, die sie alleine nicht lösen können, weiter destabilisiert zu werden. Zum anderen wird insbesondere der Migrationsdruck auf EU-Staaten steigen, was wiederum zur inneren Destabilisierung von einzelnen EU-Staaten führen kann.

Darüber hinaus hat die angespannte europäische Wirtschaftslage das Potenzial, sich spaltend auf die v. a. von ökonomischen Interessen der Mitgliedstaaten geleiteten Beziehungen zu Moskau auszuwirken und eine einheitliche Russland-Politik zu unterlaufen. Auch ein Trend zu wirtschaftspolitischem Protektionismus in den transatlantischen Beziehungen mit negativen Spill-Over-Wirkungen auf die Sicherheitspolitik kann nicht ausgeschlossen werden.

Die zentrale Frage wird aber sein, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung auf die soziale und politische Kohäsion und damit auf die Weiterentwicklung der politischen Integration der EU auswirken wird. Es ist erwartbar, dass sich der Trend zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten mit ähnlicher Interessens- und Wirtschaftslage in variabler Zusammensetzung fortsetzen wird. Offen ist weiterhin,

ob sich daraus eine Kerngruppen-Formation entwickeln kann, die auch eine Vertiefung im Bereich der Verteidigung anstrebt.

Ob die Ergebnisse, die vom Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs im Juni 2015 im Bereich der Verteidigung erwartbar sind, den objektiv gegebenen Herausforderungen angemessen sein werden, bleibt abzuwarten. Angesichts der Dimension der Sicherheitsrisiken, die kein EU-Staat im Alleingang bewältigen kann, wären mutige Schritte zu vermehrter verteidigungspolitischer Kompetenzübertragung auf Ebene der EU in Verbindung mit engeren militärischen Kooperationen notwendig.

Den Erfordernissen systematischer Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung sowie einer umfassender Nutzung von Synergien und damit letztlich eines effektiveren Einsatzes der rund 186 Milliarden Euro, die die EU-Staaten in Summe für Verteidigung ausgeben, stehen aber eine verbreitete Integrationskepsis der Bevölkerungen, EU-feindliche populistische Kräfte und ein Trend zur Renationalisierung auch in bisher europafreundlichen Parteien gegenüber. Ein Rückzug der EU und eine Abschottungsstrategie im Sinne eines „Gallischen Dorfes“, das in die Probleme seiner Nachbarschaft nicht hineingezogen werden möchte, sind schon auf Grund der enormen Importabhängigkeit der europäischen Wirtschaften undenkbar. So bezieht die EU pro Jahr Energierohstoffe um rund 500 Milliarden Euro sowie Materialrohstoffe in der Dimension von rund 200 Milliarden Euro von einer zunehmend instabiler werdenden Peri-

pherie bzw. im Wege des globalen Handels. 2015 sollte für die EU das Jahr zur Klärung seiner sicherheitspolitischen Prioritäten und Ambitionen sein und dabei gälte es auch die überholte Europäische Sicherheitsstrategie zu überarbeiten.

Eine grundsätzliche Lageänderung könnten die Wahlergebnisse im Vereinigten Königreich mit einer Ingangsetzung eines Ausstiegs aus der EU bzw. eine zweite globale Finanzkrise bringen, die auf eine ohnedies schon wirtschaftlich geschwächte und von inkonsistenten nationalen Wirtschaftspolitiken angespannte EU treffen würde.

REGIONALE STABILITÄT IN EUROPA



Auf Sicht scheint die Stabilität der relevanten EU-Mitgliedstaaten gegeben, sodass vorerst mit keinen disruptiven Ereignissen in der EU selbst zu rechnen ist. Es gibt in einigen EU-Staaten zwar erhebliche Probleme in den Bereichen Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit, politischer Extremismus, Rechtsstaatlichkeit, Umgang mit Flüchtlingen, Migration und Integration sowie soziale Stabilität, aber insgesamt können Wille und Leistungsfähigkeit Europas derzeit noch so eingeschätzt werden, dass die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen sind.

Allerdings müssen auch hier erhebliche Unsicherheiten im Auge behalten werden, da das Potenzial einer Entwicklung zu einer zumindest regional beschränkten Beeinträchtigung der Stabilität Europas insgesamt vorhanden

ist. Extremereignisse wie ein zweiter Finanzkollaps, Terroranschläge, die Nichtbewältigung der Migrationsfrage in Kombination mit politischem Extremismus, verstärkte Spillover-Effekte der Krisen in der Ukraine sowie in der MENA-Region könnten rasch zu einer substantiellen Lageverschlechterung führen.

STABILITÄT EUROPÄISCHER NACHBARREGIONEN



Das eurostrategische Umfeld der EU ist so konflikthaft und instabil, wie es seit den Zerfallskriegen am Balkan in den 1990er Jahren nicht mehr der Fall war, und zwar mit negativen Tendenzen und Perspektiven in allen für die Sicherheit Europas und damit auch Österreichs relevanten Regionen.

In der Ukraine sieht sich die EU erstmals seit ihrem Bestehen einer geopolitischen Herausforderung mit konkurrierenden Ordnungsvorstellungen gegenüber. Die Beziehungen zu Russland werden auch im kommenden Jahr konflikthaft bleiben, auch wenn ein offener militärischer Krieg unwahrscheinlich ist. Mit Bezug auf die Ukraine ist für 2015 das wahrscheinlichste Szenario eine Fortsetzung des Status Quo mit Prolongierung des Konflikts auf aktuellem Niveau.

Im Nahen Osten zerfällt die von europäischen Staaten vor hundert Jahren geschaffene Staatenordnung, ohne dass sich eine neue stabile Ordnung abzeichnet. So wird der Nahe Osten auch 2015 zwischen terroristischen Religions-

kriegen, von Extremismus getriebenen Konflikteskalationen und fortschreitendem Staatszerfall sowie nuklearen Armierungsversuchen taumelnd in Gefahr laufen, zu einer „Failed Region“ („gescheiterten Region“) zu werden. Jedenfalls nimmt in der Region die Zahl der akuten bzw. gefährdeten „Failed States“ mit Libyen, Syrien und dem Irak zu, während allerdings Jordanien, Ägypten, Marokko und Algerien einen Beitrag zur Stabilisierung der Region leisten könnten. Unsicherheit besteht aber gerade in Bezug auf die Stabilität der Schlüsselstaaten Ägypten und Algerien. Neben der Rolle Russlands ist die Entwicklung der Türkei als der anderen strategischen Flankenmacht Europas von zentraler Bedeutung, wobei der Trend klar in Richtung weiterer Ausprägung des Autoritarismus mit potenzieller Abkehr Ankaras vom Westen geht. Am Westbalkan droht ohne Reaktivierung der EU-Perspektive eine stabilitätsgefährdende Stagnation mit steigender lokaler Islamisierungsgefahr.

Die unmittelbaren Folgen der Konflikte in der Ukraine, im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika wie auch die Stagnation der Entwicklung auf dem Westbalkan erscheinen derzeit noch beherrschbar, zumal auch die Auswirkungen auf die zu den Krisenregionen unmittelbar angrenzenden EU-Staaten beschränkt sind. Allerdings bestehen für die EU erhebliche Risiken, insbesondere durch ein erwartbares Ausweichen des in Syrien und im Irak bekämpften islamistischen Terrorismus nach Nordafrika. Failed-State-Szenarien in Nordafrika würden das Terror- und Migrationsrisiko an der europäischen Gegenküste

und in der Sahelzone erheblich steigern, wobei insbesondere die Lage in Libyen prekär ist.

LEISTUNGSSPEKTRUM UND AUSRICHTUNG DER GSVP



Das Schwergewicht der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wird im unteren bis mittleren Krisenmanagement liegen, wobei das Militär im Rahmen des breit angelegten Krisenmanagementansatzes der EU auch weiterhin nur eine eingeschränkte Rolle zu übernehmen hat. Obwohl die Ambition einer autonomen Verteidigung der EU auch weiterhin nicht auf der Agenda steht, sind einzelne Ansätze bei den strategischen Fähigkeiten, bei Hauptquartieren und in der Rüstung in Richtung autonomer militärischer Fähigkeiten erkennbar.

Nach rund fünf Jahren der Stagnation in der GSVP-Entwicklung rückt das Thema Verteidigung wieder stärker in den Fokus europäischer Politik. Dem Auftrag der Staats- und Regierungschefs vom Dezember 2013, die Koordination nationaler Verteidigungspläne weiter voranzutreiben, steht eine den beiden zentralen Herausforderungen, Krise in der Ukraine bzw. Kampf gegen den Islamischen Staat, militärisch inaktive GSVP gegenüber. Der rechtliche Handlungsspielraum des Vertrags von Lissabon zur Vertiefung der GSVP und zur Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungsdimension bleibt trotz der Krisenentwicklung im Umfeld ungenutzt. Der Trend bei Krisenmanagementein-

sätzen im Rahmen der GSVP geht in Richtung kleinere bis mittlere zivil-militärische Operationen maximal mittlerer Intensität bei zunehmender Bedeutung von Unterstützungsmissionen für die Bereiche Wiederaufbau und lokale Kapazitätenentwicklung. Geografisch bleiben Europa und Afrika die zentralen Einsatzräume der GSVP.

VERTEIDIGUNGS- POLITISCHE KOOPERATIONEN



Der Trend zur Etablierung vielfältiger Kooperationsprojekte wird vor allem aufgrund national limitierter Ressourcen weitergehen. Allerdings wird es bei den relevanten EU Mitgliedsstaaten keinen Verzicht auf Kernfähigkeiten geben. Sie werden ihre eigenständige nationale Handlungsfähigkeit erhalten wollen, was insgesamt im europäischen Kontext den Fortbestand strategischer Inkohärenz prolongiert.

Tatsächlich sind die gemeinsamen europäischen Investitionsvorhaben aktuell jedoch rückläufig. Es werden nur etwa 15 Prozent der verfügbaren Investitionsgelder in Form gemeinsamer europäischer Projekte ausgegeben. In der Praxis dominieren Kooperationsvorhaben, die aufgrund nationaler limitierter Ressourcen und nationaler Interessenslagen angestoßen werden. Eine arbeitsteilige Vorgangsweise und ein Verzicht auf Kernfähigkeiten hat angesichts strategischer Inkohärenzen noch nicht Platz gegriffen. Kooperationsbereitschaft ist daher weiterhin eng an die Erhaltung möglichst umfassender nationaler Hand-

lungsfähigkeit gebunden. Damit bleiben gesamteuropäische Fähigkeitslücken bei strategischen Systemen wie Lufttransport, Aufklärung oder Drohnen. Die eingeschränkte eigenständige militärische Handlungsfähigkeit der EU prolongiert auch die Abhängigkeit von den USA. Am erfolgversprechendsten sind Kooperationen zwischen EU-Staaten mit ähnlicher sicherheitspolitischer Interessenslage und vergleichbaren Militärkulturen.

EU-STREITKRÄFTE- INTEGRATION



Die gemeinsamen Einsätze finden weiterhin ohne integrierte Streitkräfte statt, selbst der Einsatz von EU-Battlegroups zeichnet sich nicht ab. Übungen und Ausbildung werden weiter in eingeschränktem Rahmen und unter Rückgriff auf NATO-Standards stattfinden.

Trotz einstimmiger politischer Einsatzentscheidungen ist die Aufbietung der erforderlichen Kräfte weiterhin nur mit großem Aufwand möglich. Staaten, die in den Einsatz gehen und die damit verbundenen Risiken übernehmen, tragen auch die finanziellen Kosten. Das ist mit ein Grund dafür, warum es bislang keinen Einsatz einer EU-Battlegroup gegeben hat. Trotz begrüßenswerter Ansätze in Richtung systematischer gemeinsamer Streitkräfteplanung sind auch weiterhin keine verbindlichen gesamteuropäischen Planungsvorgaben zu erwarten. Der Qualitätssprung von freiwilliger Kooperation zu gelenkter Integration bleibt daher im Bereich der Verteidigung aus. Im Vordergrund

werden auch weiterhin „Pooling und Sharing“-Kooperationen zwischen gleichgesinnten Staaten und der Ausbau regionaler zweckorientierter Kooperationsformate stehen.

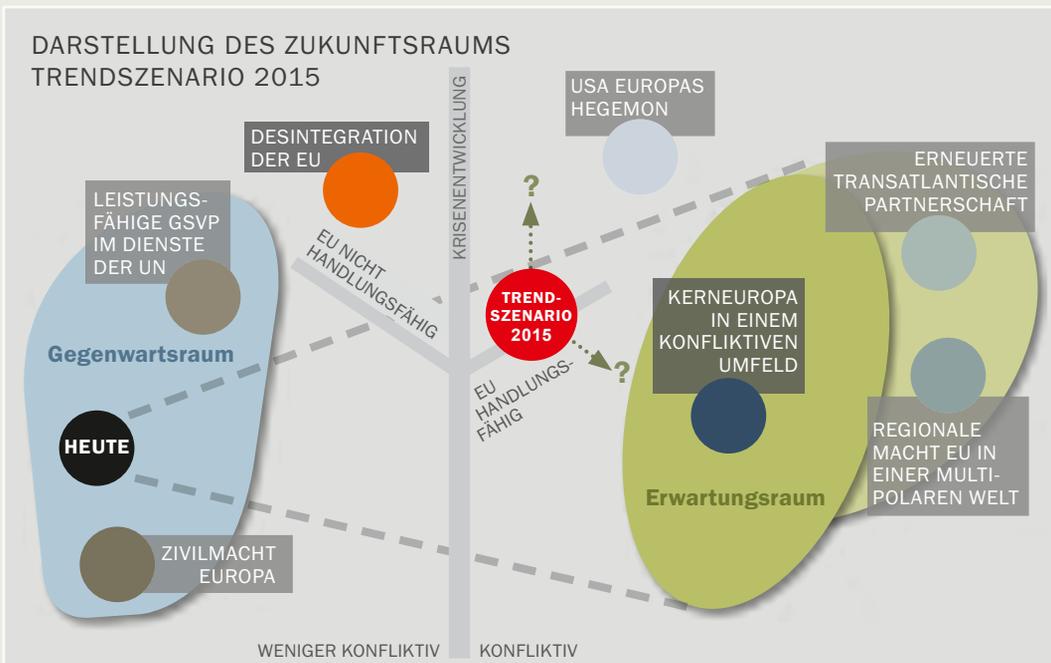


3. Konklusion für die aktuellen sicherheits- und verteidigungspolitischen Planungen

Das Trendszenario ist charakterisiert durch eine signifikante Zunahme der Konflikte im relevanten Umfeld bei gleichzeitiger sicherheitspolitischer Handlungsschwäche der EU und einem ungebremsten militärischen Fähigkeitsverlust der europäischen Streitkräfte.

Somit steht die EU vor einem Scheideweg, ob sie den aktuellen Trend in Richtung Renationalisierung überwinden kann und auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten hin zu einem leistungsfähigen Kern deutlich intensivieren kann. Das wird nicht zuletzt davon abhängen, wie weit die Risiken und Bedrohungen für die Mitgliedsstaaten auch angesichts extrem enger budgetä-

rer Gestaltungsräume wahrgenommen werden und wie weit dies zu einer verstärkten Kooperation führen wird. Das aus den dargestellten erwartbaren Entwicklungen der Schlüsselfaktoren abgeleitete Trendszenario „Sicherheitspolitisches Umfeld Österreichs 2015“ liegt somit in der generellen Richtung des Erwartungsraumes.



VERSCHLECHTERUNG DER SICHERHEITSPOLITISCHEN LAGE ÖSTERREICHS UND DER EU

Die Bewertung der Risikofaktoren insbesondere betreffend Russland, Naher- und Mittlerer Osten und Nordafrika hat sich deutlich verschlechtert. Der Westbalkan verharrt in einem stabilitätsgefährdenden Stillstand. Die USA zeigen wenig Ambition, die Sicherheitsaufgaben für die Europäer zu lösen, sofern nicht massive eigene Interessen betroffen sind. Für die EU bedeutet dies, dass sie mit einem zunehmend konflikttären Umfeld konfrontiert ist, selbst aber kaum militärische Handlungsoptionen zur Umfeldstabilisierung entwickelt hat und umgekehrt von den Spill-Over-Effekten aus den Krisenregionen zunehmend stärker betroffen ist.

Vor dem Hintergrund dieses Trendszenarios 2015 ergeben sich für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik neben dem Bedarf zur Neuregelung der Beziehungen zur Russland drei weitere wesentliche Handlungsstränge:

1. Neuausrichtung der militärischen Landesverteidigung insbesondere auf die Resilienz Österreichs und auf hybride Bedrohungsszenarien.
2. Aktive Beitragsleistung zur Weiterentwicklung der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit insbesondere der EU und anderer internationaler Organisationen.
3. Deutliche Intensivierung der militärischen Kooperationen insbesondere mit Deutschland und mit den Ländern des zentraleuropäischen Raumes.

STÄRKUNG DER RESILIENZ ÖSTERREICHS DURCH EINE NEUAUSRICHTUNG DER LANDESVERTEIDIGUNG

Unmittelbar steht für Österreich zwar die Bewältigung von technischen und natürlichen Risiken im Vordergrund, allerdings ist angesichts der zunehmenden Bedrohung der EU – und damit Österreichs – tendenziell und mit kurzer Vorwarnung mit den Folgen hybrider Konflikte zu rechnen. Damit können in naher Zukunft aufgrund der hohen Unsicherheiten im System sehr rasch Einsätze des ÖBH zur Landesverteidigung im Sinne der Abwehr von nichtkonventionellen Angriffen notwendig werden.

Landesverteidigung als Kernaufgabe des ÖBH ist somit angesichts des Bedrohungswandels neu zu gestalten, wobei nunmehr die Bewältigung sogenannter hybrider Konflikte sowie generell der Schutz der Lebensgrundlagen Österreichs und der Funktionsfähigkeit des Staates im Vordergrund stehen. Es gilt im Falle des Auftretens von Extremereignissen oder in Folge von Angriffen von außen, die zu einer massiven Beeinträchtigung der Resilienz Österreichs führen würden, dem ÖBH jene Aufgaben zuzuordnen, die aufgrund spezifischer militärischer Alleinstellungsmerkmale und Fähigkeiten nur durch das ÖBH bewältigt werden können.

Dabei kommt aber auch die Abwehr von Gefahren im Staatsinneren in Betracht, sofern diese im Zusammenhang mit von außen drohenden Gefahren stehen und eine wirksame Abwehr nur mit militärischen Mitteln möglich ist. Im Resilienzfall, d.h. bei der Überschreitung einer kritischen Schwelle der gesamtstaatlichen Gefähr-

dung, sind der Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen, die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit sowie der Schutz der Lebensgrundlagen und der Funktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft Aufgabe der militärischen Landesverteidigung.

Der aktuell fast europaweite Trend der Umschichtung von Ressourcen von den militärischen Kapazitäten zu den zivilen Sicherheitsbehörden wird sich damit als Fehlentwicklung erweisen. Bei katastrophalen Ereignissen kann die Resilienz von Staaten nur durch jene Organisationen gestützt werden, die per se krisenrobust sind und unter schwierigsten Verhältnissen ihre Funktionalität aufrechterhalten können: Das sind und bleiben zu allererst die Streitkräfte eines Landes.

BEITRÄGE ZU WEITERENTWICKLUNG DER EU UND ZUR AUSGESTALTUNG DER GSVP SOWIE DEUTLICHE INTENSIVIERUNG DER MILITÄRISCHEN KOOPERATIONEN

Den österreichischen Sicherheitsinteressen ist am besten gedient, wenn die EU an sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit gewinnt. Dieses langfristige Ziel kann angesichts der Überdehnung der EU realistisch betrachtet nur in Zwischenschritten erreicht werden. Daher wären zunächst verteidigungspolitische Kooperationen mit gleichgesinnten EU-Partnerstaaten zu forcieren. Da die Bundesrepublik Deutschland neben Frankreich und Großbritannien für die Weiterentwicklung der GSVP von zentraler Bedeutung ist und bereits heute weitreichende Zusammenarbeitsprogramme zwischen Wien und Berlin

bestehen, könnte die Kooperation mit Deutschland durch Erstellung eines strukturierten bilateralen Kooperationsprogramms auf ein neues Niveau gehoben werden. Dabei wäre einerseits der militärischen Fähigkeitenentwicklung Rechnung zu tragen und gleichzeitig das gemeinsame Eintreten für eine substantielle Ausgestaltung der GSVP auf politischer Ebene zu betreiben. Neben dieser bilateralen Kooperation wäre der Rahmen der Zentraleuropäischen Verteidigungszusammenarbeit für eine sicherheitspolitische Dynamisierung der GSVP bestmöglich zu nutzen. Ein wichtiger Schritt zur Klärung der europäischen Sicherheitsinteressen und einer realistischen Ambition- und Zielbestimmung wäre die Überarbeitung der Europäischen Sicherheitsstrategie.

BEITRÄGE DES ÖBH ZUR UMFELDSTABILISIERUNG GEFORDERT

Angesichts der generellen Kapazitätsschwäche der EU-Mitgliedstaaten und des hohen politischen Risikos wird von einer Forderung nach einer Beteiligung von möglichst allen EU-Staaten im Rahmen von Stabilisierungsoperationen im Umfeld der EU auszugehen sein. Zusätzliche Operationen bzw. der Ausbau bestehender Operationen vor allem in der MENA-Region und in Subsahel-Afrika sind daher zu erwarten.

Österreich sollte sich daher frühzeitig über seine Rolle und Ambition und den spezifischen Beitrag des ÖBH Klarheit verschaffen. Eine Reduzierung des internationalen Engagements würde sich jedenfalls nachteilig auf die Sicherheitslage Österreichs auswirken. Vor dem Hintergrund voranschreitender internationaler Vernetzungen ist Krisen am zweckmäßigsten dort zu begegnen, wo sie

entstehen. Dem österreichischen Engagement am Balkan kommt eine besondere Bedeutung, auch für die gesamteuropäische Sicherheit und Stabilität, zu. Die Fähigkeiten des ÖBH zur Krisenprävention wären in Ergänzung zu den militärischen Operationen in enger Abstimmung mit dem Konzept „Sicherheit und Entwicklung“ weiter zu forcieren. Aber auch zivile Beiträge zum internationalen Krisenmanagement sollten – orientiert an den Beiträgen vergleichbarer europäischer Staaten – ausgebaut werden.

DIE PRIORITÄT EINER NEUREGELUNG DES VERHÄLTNISSES MIT RUSSLAND

Strategisch ist offenkundig, dass die EU erst dann zu einer aktiveren Rolle in der Stabilisierung der südlichen Peripherie finden kann, wenn sie ihre Beziehungen zu Russland neu geregelt hat. Dabei könnte und sollte Österreich im Sinne des Selbstanspruchs als neutraler Brückenbauer und im Zusammenhang mit dem OSZE-Vorsitz 2017 einen spezifischen Beitrag zur Entwicklung einer erneuerten europäischen Sicherheitsarchitektur leisten.